Aus dem Ortsgemeinderat

Am 15.10.2009 fand in Reuth im Gemeindehaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Ewald Hansen eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Reuth statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

2. Änderungssatzung der Hauptsatzung

Sachverhalt:

Es wird Bezug genommen auf die Sachverhaltsdarstellung zu TOP 3 der konstituierenden Sitzung. Die Angleichungen an die Mustersatzung sind Inhalt dieses Änderungsentwurfes.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Ortsgemeinde Reuth gemäß vorliegendem Entwurf.

Anlagen:

Entwurf der 2. Änderungssatzung

1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Obere Kyll (Gewerbegebiet Neureuth)

- Zustimmung der Ortsgemeinde gem. § 67 Abs. 2 GemO

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat über das Verfahren zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Obere Kyll, welches im Parallelverfahren zu der Aufstellung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet An der B51 - Neureuth“ Ortsgemeinde Reuth erfolgt.

Der Verbandsgemeinderat Obere Kyll hat in seiner Sitzung am 13. August 2009 den Feststellungsbeschluss über die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes gefasst.

Gemäß § 203 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 67 Abs. 2 GemO bedarf die Änderung des Flächennutzungsplanes der Zustimmung von den Ortsgemeinden, die von der Planung selbst oder als Nachbargemeinde berührt werden.

Der Vorsitzende und die Verwaltung erläuterten im Ortsgemeinderat ausführlich den Entwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes, welcher dem Beschluss als Anlage beigefügt ist.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung stimmt der Ortsgemeinderat gem. § 67 Abs. 2 GemO dem Entwurf zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gewerbegebiet „An der B 51 - Neureuth“) zu.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine finanziellen Auswirkungen -

Sonderinteresse/Ruhe des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen bei folgenden Personen Ausschließungsgründe vor:

- kein Sonderinteresse -

Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Anlagen:

- Entwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der VG Obere Kyll

Erweiterung Gemeindehaus Reuth - Vergabe der Planungsleistungen

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat über den Sachstand und das Gespräch mit Herrn Kowall von der Kreisverwaltung Vulkaneifel und Frau Bitzigeio vom Planungsbüro Lenz & Partner.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, den Planungsauftrag an das Planungsbüro Lenz & Partner zu erteilen. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Architektenvertrag auf der Grundlage der HOAI vorzubereiten sowie die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Planungsbüro Lenz & Partner zu führen und der Ortsbürgermeister wird ermächtigt, den erarbeiteten Architektenvertrag mit dem Planungsbüro Lenz & Partner abzuschließen.

Umsetzung des Dorferneuerungskonzepts

Gestaltung der Ortsmitte, Restaurierung des alten Wegekreuzes, Einbindung der Ortslage in die freie Landschaft

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtet den Ortsgemeinderat über die Bewilligung der beantragten Zuwendung in Höhe von 50.000,-- € Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Ortsgemeinderates vom 23.06.2008 sollen folgende Maßnahmen nun umgesetzt werden.

1. Gestaltung der Ortsmitte und Zugänge zum Dorfgemeinschaftshaus; die Titel 3 – Windfang, 4 – Parkplatz neben DGH und 5 – Änderung der Straßenführung werden jedoch nicht durchgeführt - Maßnahme 1 im DE-Konzept
2. Restaurieren des alten Wegekreuzes - Maßnahme 5 im DE-Konzept
3. Einbinden der Ortslage in die freie Landschaft, u. a. Heckenpflanzungen - Maßnahme 9 im DE-Konzept

Ein Architektenvertrag auf der Grundlage der HOAI wurde bereits mit dem Planungsbüro Lenz & Partner, Winterspelt, bis zur Leistungsphase 8 (Objektüberwachung) abgeschlossen und unterzeichnet.

Unter Punkt 2.2 der Nebenbestimmungen zum Bewilligungsbescheid wurde auf einen unverzüglichen Beginn der Arbeiten verwiesen. Falls nicht bis zum 30.11.2009 begonnen wird, ist dies der ADD unter Angabe der Gründe sofort mitzuteilen.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt, im Rahmen der Umsetzung des Dorferneuerungskonzepts nunmehr folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Maßnahme 1 des DE-Konzeptes: Gestaltung der Ortsmitte und Zugänge zum Dorfgemeinschaftshaus; Kinderspielplatz und Kirche--- die Titel 3 – Windfang, 4 – Parkplatz neben DGH und 5 – Änderung der Straßenführung werden jedoch nicht durchgeführt.
2. Maßnahme 5 des DE-Konzeptes: Restaurieren des alten Wegekreuzes
3. Maßnahme 9 des DE-Konzeptes: Einbinden der Ortslage in die frei Landschaft, u. a. Heckenpflanzungen

Die Arbeiten sollen auf der Grundlage des bereits abgeschlossenen Architektenvertrages erfolgen.

Der Ortsbürgermeister sowie die Verwaltung werden beauftragt, Kontakt mit dem Planungsbüro Lenz & Partner aufzunehmen und die Ausführungsplanung in die Wege zu leiten. Ferner soll seitens der Verwaltung geprüft werden, ob eine Fristverlängerung des Baubeginns bei der ADD anzuzeigen ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über die Haushaltspläne 2009 und 2010

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen bei folgenden Personen Ausschließungsgründe vor:

Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Einzäunung des Kinderspielplatzes

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat darüber, dass es auf dem Kinderspielplatz immer wieder zu Verunreinigungen durch die Hinterlassenschaften herumlaufender Katzen und Hunde kommt. Diese Zustände sind aus hygienischen Gründen untragbar. Hier kann nur durch die Errichtung eines Maschendrahtzaunes Abhilfe geschaffen werden.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die Einzäunung des Kinderspielplatzes durch einem Maschendrahtzaun mit Eisenpfählen. Die Arbeiten sollen im Jahr 2010 in Eigenleistung durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung der Materialkosten soll über den Haushaltsplan 2010 erfolgen.

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen bei folgenden Personen Ausschließungsgründe vor:

- kein Sonderinteresse -

Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Verkehrsregelung an den Gemeindestraßen Neuensteiner Weg/Auf der Schlack und Dreesweg/Auf dem Stein

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat über den Sachstand. Danach wird in beiden Kreuzungsbereichen die Vorfahrtsituation häufig nicht beachtet. Am 30.10.2009 hat eine Ortsbesichtigung mit der Polizeiinspektion Prüm stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieses Termin wird vorgeschlagen, im Einmündungsbereich der Gemeindestraße Auf der Schlack / Neuensteiner Weg einen nichtamtlichen Hinweis (Papp-Polizist) anzubringen. Im Einmündungsbereich Dreesweg / Auf dem Stein soll eine amtliche Verkehrsregelung erfolgen, zudem eine Fahrbahnmarkierung. Letztere Maßnahmen werden durch die Verbandsgemeinde Obere Kyll als Straßenverkehrsbehörde angeordnet.

Der Nettopreis für das Vorfahrtsschild einschließlich Pfosten beläuft sich auf ca. 60 €, für den Polizist aus Hartschaum auf ca. 230 € einschließlich Pfosten, wenn der Warnpolizist selbst

coloriert wird, auf ca. 140 € einschließlich Pfosten.

Beschluss:

Der OGR beschließt, im Einmündungsbereich der Gemeinderstraßen Auf der Schlack / Neuensteiner Straße ein nichtamtliches Hinweisschild (Papp-Polizist) aufzustellen und dann zu beobachten, ob sich die Situation bessert.

Im Einmündungsbereich der Gemeindestraßen Dreesweg / Auf dem Stein soll eine amtliche Verkehrsregelung erfolgen mit entsprechende Sperrmarkierung auf der Straßenoberfläche. Die Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll als Straßenverkehrsbehörde wird gebeten, die entsprechende Anordnung zu erlassen und die benötigten Schilder zu bestellen. Die Schilder werden in Eigenleistung aufgestellt.

Durchführung der Winterdienstarbeiten

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat darüber, dass der Vertrag zur Durchführung der Winterdienstarbeiten in der Ortsgemeinde Reuth mit Herrn Gerhard Dichter zum 30.04.2009 endete.

Die Winterdienstarbeiten sollen auch künftig durch einen privaten Dritten durchgeführt werden. Daher ist es erforderlich, dass die Ortsgemeinde diese Arbeiten neu ausschreibt.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt, dass die Winterdienstarbeiten ab dem Winter 2009/2010 ausgeschrieben werden. Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung in den Obere Kyll-Nachrichten und der Prümer Rundschau beauftragt. Die Ausschreibung soll kurzfristig erfolgen.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung:

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde über Rechtsangelegenheiten, Grundstücks- und Finanzangelegenheiten beraten und beschlossen.